



GREEN BUDGET GERMANY

FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

PRESSEMITTEILUNG VOM 08.03.2012

FÖS KRITISIERT DEUTSCHES RESSOURCENEFFIZIENZPROGRAMM - RICHTIG IM ANSATZ, UNZUREICHEND IN DER UMSETZUNG

Der Bundestag berät heute einen Entschließungsantrag der Koalition zum deutschen Ressourceneffizienzprogramm (ProgRes). Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) begrüßt ProgRes als wichtigen ersten Schritt in Richtung einer umfassenden Ressourcenschonungsstrategie. Ressourcenschonung werde damit zu einem zentralen Anliegen deutscher Politik. Die beschlossenen Ziele und Maßnahmen bleiben allerdings deutlich hinter den Empfehlungen der Europäischen Kommission zurück.

„Zentrales Ziel einer nachhaltigen Ressourcenpolitik muss sein, dass die Ressourcenpreise auch tatsächlich die Kosten ihrer Nutzung widerspiegeln“, erklärt FÖS-Geschäftsführer Damian Ludewig. Das hat die Europäische Kommission im vergangenen Herbst auch ihren Mitgliedsstaaten empfohlen. In ihrem „Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa“ fordert sie unter anderem Subventionen für Ressourcenverschwendung abzuschaffen und Steuern verstärkt vom Faktor Arbeit auf den Faktor Umweltbelastung zu verlagern. Auf diese Weise sollen Anreize für Ressourcenschonung geschaffen und die Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedsstaaten verbessert werden.

Nach Meinung des FÖS werden diese Ansätze in ProgRes jedoch nur unzureichend aufgegriffen. Dabei gebe es in der Energie- und Klimaschutzpolitik vielfältige Erfahrungen, die auf den Bereich der Ressourcenschonung übertragbar seien. Steuern, die die Nutzung von Ressourcen in kleinen absehbaren Schritten verteuern, schafften Anreize für Investitionen in effizientere Technologien. Um die Wirtschaft insgesamt nicht zu belasten schlägt das FÖS vor, die Steuereinnahmen für eine Senkung der Lohnnebenkosten oder die Förderung von technologischen Innovationen zu nutzen. Dann würde die Wirtschaft durch die dämpfende Wirkung von Ressourcensteuern auf Preisschwankungen und mittelfristig durch den technologischen Vorsprung im globalen Wettbewerb sogar profitieren.

„Unser Steuersystem sendet bisher kaum Signale für mehr Ressourceneffizienz“, meint FÖS-Ressourcenexperte Eike Meyer. Momentan entfallen mehr als zwei Drittel der Steuern und Abgaben auf den Faktor Arbeit. Umweltsteuern tragen nur zu etwa 5 Prozent zu den Staatseinnahmen bei.

Als ersten Schritt schlägt das FÖS die Berücksichtigung von Ressourcenintensität bei der längst überfälligen Reform der Mehrwertsteuer vor. Man könne niemandem erklären, warum Kuhmilch aus Intensiv-Haltung steuerliche begünstigt werde, Sojamilch dagegen nicht. **„Produkte, die unter hohem Ressourceneinsatz hergestellt wurden, dürfen nicht zu einem ermäßigten Mehrwertsteuersatz verkauft werden“**, erklärt Damian Ludewig. Entsprechendes hat jüngst auch die Europäische Kommission in einem Strategiepapier gefordert. Dringend abgeschafft gehört nach Ansicht des FÖS vor allem die Mehrwertsteuerbefreiung für Flugreisen.

Bessere Anreize für die Schonung von Ressourcen könnten auch durch eine Steuer auf die Entnahme von Baustoffen geschaffen werden. Kies, Sand und Hartgestein machen mehr als zwei Drittel der in Deutschland gewonnenen Rohstoffe aus. Eine Steuer würde Anreize schaffen, mehr Baustoffe durch das Recycling von Bauschutt zu gewinnen. Großbritannien und andere EU-Mitgliedstaaten haben mit einer solchen Abgabe positive Erfahrungen gemacht. Eine solche Steuer auf Massenrohstoffe könne auf lange Sicht den Einstieg in eine umfassende Besteuerung von Ressourcen darstellen.

Kontakt: Damian Ludewig, FÖS-Geschäftsführer (0170-890 26 80)

Das FÖS versteht sich als Sammelbewegung unabhängiger Vordenker und ist gegenüber Entscheidungsträgern und Multiplikatoren Anstoßgeber wie Konsensstifter in der Debatte um eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft. Das FÖS setzt sich dafür ein, die soziale Marktwirtschaft zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft weiter zu entwickeln. Die Marktwirtschaft hat sich nach Auffassung des FÖS bisher als effizienteste Wirtschaftsform erwiesen. Um dem Menschen optimal zu dienen und gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, muss sie jedoch einen starken staatlichen Rahmen mit entsprechenden ökologischen und sozialen Leitplanken bekommen. Das FÖS unterstützt Bestrebungen, neben verlässlichen sozialen Sicherheitssystemen auch den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente in der Umweltpolitik zu stärken.